



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes vom 7. Mai 2003

Überwiegend positive Bilanz nach AP 2007 im Nationalrat

Die Bilanz der Schweizerischen Bauernverbandes (SBV) nach der Beratung der Agrarpolitik 2007 (AP 2007) im Nationalrat fällt überwiegend positiv aus. Mit seiner breiten Zustimmung zum Zahlungsrahmen in der vorgeschlagenen Höhe brachte der Nationalrat sein Vertrauen in die Bauernfamilien und in die Agrarpolitik zum Ausdruck. Damit besteht eine klare finanzpolitische Ausgangslage, wenn auch vor dem Hintergrund der Sparmassnahmen beim Bund. Mit der Aufnahme eines fünfjährigen Gentech-Moratoriums ins Landwirtschaftsgesetz erfüllte der Nationalrat ein weiteres Anliegen des SBV.

Beim Zahlungsrahmen 2004 bis 2007 standen verschiedene Drohungen und ein Kürzungsantrag im Raum. Gleichzeitig verschärfte sich das finanzpolitische Klima zusehends. Mit umso grösserer Genugtuung nimmt der SBV die breite Zustimmung zu den vorgeschlagenen 14,092 Milliarden Franken zur Kenntnis. Trotzdem zeichnet sich ab, dass die Bauernfamilien bei den angekündigten Sparprogrammen nicht ungeschoren davon kommen werden. Immerhin ist jetzt die Gefahr gebannt, dass der Landwirtschaft gleich ein doppelter Schwarzer Peter zugeschoben wird. Der SBV wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, das schlimmste zu verhindern.

Ganz im Sinn des SBV liegt auch die Zustimmung des Nationalrats zu einem fünfjährigen Freisetzungsverbot für gentechnisch veränderte Organismen. Das selbe Anliegen nimmt auch die erfolgreich lancierte Gentechfrei-Initiative auf. Mit der Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung ins Landwirtschaftsgesetz wählte der Rat einen direkteren Weg, um den vorläufigen de facto-Verzicht auf den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen in der Schweizer Landwirtschaft (mit Ausnahme der Forschung) rechtlich zu verankern.

In der Frage des künftigen Fleischimportregimes besteht nun eine Differenz zum Ständerat. Der SBV stimmte der Versteigerung unter der Bedingung zu, dass auch in Zukunft ein Anteil der Importkontingente an die Erbringung einer Inlandleistung auf den öffentlichen Schlachtviehmärkten gekoppelt sein wird und dass die öffentliche Hand die seuchenbedingten Entsorgungsmassnahmen von Fleischabfällen massgeblich mitfinanziert. Beide Voraussetzungen sind, wenn auch mit einigen Abstrichen, erfüllt. Der SBV ist zuversichtlich, dass der Ständerat hier zweckmässige Entscheide treffen wird.

Ein weiterer positiver Punkt für den SBV liegt darin, dass die Bauernfamilien vor verschärften Auflagen in den Bereichen Ökologie und Tierschutz verschont bleiben. Auch diese Tatsache trägt zum Gesamteindruck des SBV bei, dass das Ergebnis der Debatte das Vertrauen von Gesellschaft und Politik in die bisherige Umsetzung der Agrarreform, in die Art und Weise, wie die Bauernfamilien die zahlreichen Herausforderungen anpacken und den Wünschen der Konsumenten gerecht werden, widerspiegelt. Mit dem geplanten Ausstieg aus der Milchkontingentierung im Jahr 2009 kommt eine neue grosse Herausforderung auf den gesamten Sektor zu. Hier erwartet der SBV vom Bundesrat, noch konkretere Konzepte zu Umsetzung und flankierenden Massnahmen.

Rückfragen:

Hansjörg Walter, Präsident (Natel 079 404 33 92)

Jacques Bourgeois, Direktor (Natel 079 219 32 33)

Roland Furrer, Stab / Kommunikation (Natel 079 432 29 15)